



## **Ergänzungsantrag zum Antrag "Fifty-Fifty als Jugend-Umweltprojekte in geänderter Form fortführen - Präzisierung der Inhalte und Beschluss"**

### **Ergänzender Beschluss:**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schlagen folgende Ergänzungen zum vorliegenden Antrag vor:

1. Die Begleitung der Projekte durch ein externes Büro wird fortgesetzt. Jurysitzungen werden durch die externe Begleitung einberufen und begleitet. Für den Haushalt 2024 werden unter der HH-Stelle 3600.65500 die entsprechenden Mittel eingestellt. (11.500€)
2. Die Jugend-Umweltprojekte werden vollumfänglich finanziert.
3. Eine vollumfängliche Vorfinanzierung dieser Projekte ist möglich.
4. Die Abwicklung erfolgt wie bisher über die Haushaltsstelle 2950.57400. Für den Haushalt 2023 werden hier 15.000€ eingestellt. (Projektumsetzung, Prämienausschüttung und Öffentlichkeitsarbeit)

### **Begründung:**

Seit Beginn der Diskussion um eine Umwandlung des derzeitigen Schulenergieeinsparprojektes weisen die Vertreter der Schulen auf die große Bedeutung der externen Begleitung hin. Die Impulse, die Netzwerktreffen und der fachliche Input halten das Projekt derzeit am Laufen und begründen den Erfolg. Wenn dieser wichtige äußere Reiz wegfällt, werden die Schulen ihr Engagement in diesem Bereich einschränken. Hinter den einzelnen Projekten stehen Lehrkräfte, die zusätzlich zu ihrer Unterrichtsverpflichtung in ihrer Freizeit die Projekte betreuen.

Die Finanzierung muss für die Schulen und auch die anderen Jugendgruppen realisierbar sein. Schulen haben kein frei verfügbares Eigenkapital. Ihnen wird vielmehr - je nach Schülerzahl - ein Budget zugewiesen, welches zweckgebunden eingesetzt werden kann. Wenn es für ein Umweltprojekt eingesetzt werden würde, würde das Geld an anderer Stelle fehlen. Damit es trotzdem ein Anreiz für die Schulen bleibt, an diesem Projekt teilzunehmen, muss das Projekt vollfinanziert sein. Ebenso verhält es sich mit einer Teil-Vorfinanzierung. Die Lehrkraft müsste mit ihrem Privatvermögen in Vorleistung treten.

Die Stadtverwaltung hat bereits darauf hingewiesen, dass eine Abwicklung über den Klimaschutzfonds nicht möglich ist, weil es städtische Jugendgruppen ausschließen würde. Die Stadt Bargteheide darf nicht eigene Institutionen oder Gruppen fördern. So wären zum Beispiel Umweltprojekte des JAT und des JuZe ausgeschlossen. Um deren Teilnahme zu ermöglichen, ist eine Abwicklung über eine eigene Haushaltsstelle nötig.

Dr. Ruth Kastner  
Fraktionsvorsitzende

Ina Schaefer  
UKE-Mitglied